

Nachweis Beschäftigungsverbot

Beschäftigungsverbot bei Schwangerschaft

Schwangere, die ihren 450-Euro-Minijob wegen eines Beschäftigungsverbots nicht ausüben dürfen, erhalten weiterhin ihren Verdienst. Dem Arbeitgeber werden die Kosten hierfür erstattet.

Was ist ein Beschäftigungsverbot?

Bei einem Beschäftigungsverbot sind Schwangere gezwungen, ihre bisherige Beschäftigung ganz oder teilweise zu unterbrechen. Das Mutterschutzgesetz regelt nicht nur das allgemeine Verbot der Beschäftigung während der normalen Mutterschutzfristen 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung.

Über die Mutterschutzfristen hinaus kann ein Beschäftigungsverbot Anwendung finden, wenn die Gesundheit der werdenden Mutter oder die des Kindes durch die weitere Tätigkeit gefährdet wird.

Neben dem Arzt kann auch der Arbeitgeber selbst ein Beschäftigungsverbot aussprechen, wenn die werdende Mutter aus arbeitsrechtlicher Sicht ihre eigentliche Arbeit nicht weiter ausführen darf und ihr der Betrieb keine Ausweichtätigkeit anbieten kann.

Mögliche starke Belastungen können sein: Einsatz von gesundheitsgefährdenden Stoffen, Akkordarbeit, Fließbandarbeit, ständiges Stehen, Heben, Beugen, Nachtarbeit.

Wie hoch ist der Verdienst während des Beschäftigungsverbots?

Während eines individuellen Beschäftigungsverbots zahlt der Arbeitgeber den sogenannten „Mutterschutzlohn“. Der Mutterschutzlohn entspricht in der Regel mindestens dem durchschnittlichen Verdienst der letzten 13 Wochen oder bei monatlicher Entlohnung der letzten 3 Monate vor Eintritt der Schwangerschaft.

Arbeitgeberversicherung Umlage 2 entlastet Arbeitgeber

Für den Ausgleich von Aufwendungen bei Mutterschaft zahlen Arbeitgeber die Umlage 2 in Höhe von 0,3 % an die Minijob-Zentrale. Damit haben Arbeitgeber einen Anspruch auf Erstattung der Kosten, die ihnen durch die Zahlung des Mutterschutzlohnes für die Dauer des Beschäftigungsverbots an ihre Minijobberin entstehen.

Umfang der Kostenerstattung für Arbeitgeberbeaufitul

Die Arbeitgeberversicherung erstattet Arbeitgebern auf Antrag

- » 100 Prozent des fortgezählten Verdienstes und
- » die darauf entfallenden Sozialversicherungsbeiträge (ohne Umlagen und Pauschsteuer).

Hinweis: Die Minijobberin wird für die Dauer des Beschäftigungsverbots nicht abgemeldet. Falls das Beschäftigungsverbot nicht vom Arzt, sondern vom Arbeitgeber ausgesprochen wurde, benötigt die Arbeitgeberversicherung einen Nachweis darüber. Ein entsprechendes Formular finden Sie im Anhang.

So erreichen Sie die Arbeitgeberversicherung

Die Arbeitgeberversicherung der Knappschaft ist die zuständige Ausgleichskasse für alle Minijobber, unabhängig davon, ob und bei welcher Krankenkasse die Minijobber versichert sind. Bei Rückfragen erreichen Sie das Service-Telefon der Arbeitgeberversicherung der Knappschaft von montags bis donnerstags von 7 bis 16 Uhr und freitags von 7 bis 14 Uhr unter 0234 304 43990.

Angaben zum Arbeitgeber

┌

Knappschaft
Arbeitgeberversicherung
Krankheit/Mutterschaft
45115 Essen

└

┐

Betriebsnummer

Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Ansprechpartner/in _____

Telefon _____

Telefax _____

┌

E-Mail _____

Nachweis eines Beschäftigungsverbotes für

Name: _____

Rentenversicherungsnummer:

ggf. Geburtsdatum
 Tag Monat Jahr

^ Individuelles Beschäftigungsverbot

Entgelt wegen eines Beschäftigungsverbotes nach § 3 Abs. 1 oder § 6 Abs. 2 MuSchG wird gezahlt.
Eine entsprechende ärztliche Bescheinigung liegt bei.

^ Generelles Beschäftigungsverbot

Ab dem
 Tag Monat Jahr

wird Entgelt wegen eines Beschäftigungsverbotes nach § 4 oder § 6 Abs. 3 oder § 8 Abs. 1, 3 oder 5 MuSchG gezahlt.

Wir bestätigen, dass eine der in diesen Vorschriften aufgeführten Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz unserer Arbeitnehmerin vorliegt. Eine innerbetriebliche Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz ohne diese Beeinträchtigungen ist nicht möglich.

Datum / Unterschrift